



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Sozialdemokratischen

2/XIV/49 - 28. Februar 1959  
12. MRZ. 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24001 - 03  
Fernschreiber 0886090

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Die S P D und ihr P r o g r a m m	103
	Interview mit Willi B i e h l e r, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	
4 - 5	"Ohne Zeitungen geht es nicht ..."	62
	Von Fritz Heine	
6	Wienöller	51
	Von Dr. Dr. Gustav W. Heinesmann	
7 - 8	Abnehmende Geburtenfreudigkeit	67
	Bevölkerungsziffern in den Städten der DDR beginnen zu stagnieren	

\* \* \*  
\* \* \*

Die S P D und ihr P r o g r a m m

Interview mit Willi E i c h l e r, Mitglied des Vorstandes  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorstand und Parteirat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben beschlossen, vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg einen Außerordentlichen Parteitag durchzuführen, dessen Aufgabe es sein wird, das Grundsatzprogramm der Partei zu diskutieren und zu verabschieden.

Willi E i c h l e r, Mitglied des Parteivorstandes, federführend bei den Vorarbeiten zum Grundsatzprogramm, war so freundlich, einige allgemein interessierende Fragen zu diesem Thema dem SPD-Pressedienst zu beantworten.

Die Redaktion.

Frage 1:

Der Beschluß, einen Außerordentlichen Parteitag der Erörterung des Grundsatzprogramms zu widmen, läßt darauf schließen, daß sich die Diskussion über den Entwurf zum Grundsatzprogramm innerhalb der Partei ihrem Ende nähert. Haben Sie eine Übersicht über die Methode, mit der die Bezirke, Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften der Partei im ganzen Bundesgebiet an die Diskussion des Entwurfes herangegangen sind?

Antwort:

Für den Entschluß, diesen Sonderparteitag einzuberufen, war vor allem bestimmend, daß Programmberatungen und -Entscheidungen nicht mit vielen anderen, nicht weniger wichtigen Diskussionen verbunden werden sollten, wie das auf normalen Parteitagen unvermeidlich ist. Zudem ist auf dem Parteitag des Jahres 1960 die Entscheidung für ein Wahlprogramm des Jahres 1961 fällig - und die Diskussion darüber setzt ja bestimmte Grundsätze voraus.

Formulierte Anträge zum Programm sollen bis zum 30. Juni 1959 eingereicht werden; für die Diskussion des Entwurfes der Programmkommission steht also insgesamt ein Jahr zur Verfügung. Eine abgeschlossene Übersicht über Dauer und Intensität der bisherigen Diskussion ist noch nicht möglich - aber ich selber habe in Dutzenden von Versammlungen, auf Bezirke-Parteitag, in Unterbezirks-Konferenzen, Ortsvereinen, Frauen- und Jugendversammlungen und Sonder-Arbeitsgruppen allgemeine Einführungen in die Programmatik des demokratischen Sozialismus gegeben und habe dabei außerordentliches Interesse für grundsätzliche Er-

örterungen festgestellt - eine Erfahrung, die von anderen Rednern bestätigt wird. In den Bezirken sind Arbeitsgruppen gebildet worden, die den Entwurf abschnittsweise erörtern. Bis zum 30. Juni 1959, aber auch schon vorher, werden gewiß zahlreiche Äußerungen vorliegen. Sie werden bei der Fassung eines neuen Entwurfes berücksichtigt werden, der dem Parteitag vorgelegt wird.

Frage 2:

Kann man jetzt schon beurteilen, welche Punkte des Grundsatzprogrammes die größte Aufmerksamkeit bei der bisherigen Diskussion in Anspruch genommen haben?

Antwort:

Eine besonders gründliche Diskussion ist über die Frage entstanden, wie sich wirtschaftliche Macht, die der Prozeß der Konzentration zur Großwirtschaft dauernd noch verstärkt, so wirksam kontrollieren läßt, daß die Entwicklung unserer Demokratie nicht gefährdet wird. Diese Gefahr wird klar gesehen - vor allem in Verbindung mit der verhängnisvollen Rolle, die heute die großen Massenbeeinflussungsmittel für die Bewußtseinsbildung des Volkes spielen. Hier wird die Politische Bildung des Volkes zu einem viel diskutierten Hauptproblem unserer Demokratie.

Neben den auszuarbeitenden Formen der öffentlichen Kontrollen stehen gleichrangig die Fragen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Wirtschaft.

Eine weitere erhebliche Diskussion gibt es um die Beteiligung des Volkes an seinem ständig zunehmenden Produktiv-Vermögen, das geschaffen wird durch den "Konsumverzicht" aller, der aber gerechterweise nicht der Verfügung durch wenige ausgeliefert bleiben muß. Die Parole "Eigentum für jedermann" muß konkretisiert werden.

Das Verhältnis zwischen Weltanschauung und Politik und damit die Beziehung zwischen den Kirchen und dem demokratischen Sozialismus wird lebhaft erörtert.

Selbstverständlich spielt bei den Diskussionen auch eine große Rolle die Frage, wie weit sozialistische Traditionen für die heutige Zeit Gültigkeit besitzen.

Frage 3:

Aus allem, was Sie sagten, geht doch wohl hervor, daß sich die Parteimitglieder intensiv mit dem Grundsatzprogramm beschäftigen. Glauben Sie, daß das im Bad Godesberg zu verabschiedende Programm im Bewußtsein der rund 550.000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit auch von aktueller politischer Bedeutung sein wird?

Antwort:

Ihr Programm, für sich gesehen, kann ohne jede politische Bedeutung bleiben, wenn es nicht durch Studien und Diskussionen innerhalb der Partei und außerhalb ihrer Reihen zur Bildung einer gemeinschaftlich erarbeiteten und zu vertretenden Überzeugung führt. Das Schicksal des Ahlener Programms der CDU ist ein sprechendes Beispiel dafür. Dieses Schicksal wird unser Programm nicht haben. Die Programmatik des demokratischen Sozialismus wird ständiger Gegenstand der Bildungsarbeit der Partei sein, und die Auseinandersetzung mit allen anderen demokratischen Kräften wird ständig vertieft und erweitert werden. So verstanden, kann man die politische Bedeutung der Programmarbeiten für die Festigung des demokratischen Bewußtseins und Verhaltens kaum überschätzen.

Gerade in Deutschland geht es bei politischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien oft weniger um aktuelle politische Entscheidungen als um ideologisch bedingte Vorurteile oder Mißverständnisse: "Alle Wege der SPD führen nach Moskau"; "die SPD will die Wirtschaft verstaatlichen"; sie ist "eine christentumsfeindliche Partei"; sie "huldigt einer 'materialistischen' Lebensansicht und mißachtet moralische Bindungen"; nach der Ansicht der SPD soll "der Staat die Bürger von der Wiege bis zum Grabe betreuen; die Initiative des Einzelnen wird dabei erstickt, seine Würde verletzt". Das ist nur eine kleine Blütenlese dessen, was die politischen Gegner der SPD ihr vorwerfen. Einfach zu erklären, das sei alles ganz anders, reicht bei so tiefgesetzenden Vorurteilen nicht aus. Aber im Programm, ausgehend von seinen leitenden Grundideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und einer wertgebundenen Toleranz und von deren Anwendung auf die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit wird aus dem Zusammenhang klar, daß die ideologisch begründeten Vorbehalte gegen die SPD der Leitbild des demokratischen Sozialismus widersprechen, das dieser in dauernder Selbstverständigung über seine Aufgaben sich erarbeitet hat. Dies allen Menschen zum Bewußtsein zu bringen, auch das hat eine große politische Bedeutung. Denn sobald der Parteitag das neue Programm angenommen hat, wird jeder der genannten Vorwürfe noch viel augenfälliger als heute als böswillige Verleumdung angesehen und behandelt werden können.

"Ohne Zeitungen geht es nicht ..."

Von Fritz Heine

Eine Stadt ohne Tageszeitungen ist eine Stadt im Dunkeln - das ist die Schlussfolgerung, populär formuliert, die Zeitungsleser, Inserenten und die Zeitungsleute selbst jetzt aus dem kürzlichen Zeitungsstreik in New York gezogen haben.

19 Tage lang hatte eine verhältnismässig kleine Gruppe von Kraftfahrern gestreikt und das ganze Zeitungswesen der Rissenstadt stillgelegt. Zum ersten Male fehlte in der pulsierenden Rhythmus einer Weltstadt für längere Zeit die Tagespresse und es zeigte sich, dass die Auswirkungen über alle Erwartungen hinaus weitreichend und lähmend waren.

So schwerwiegend die Folgen für die direkt Betroffenen auch waren - 20 000 Zeitungsarbeiter drei Wochen ohne Lohn, über hundert Millionen DM Verluste für die Verlage - so waren sie doch zu erwarten und konnten nicht überraschen. Unerwartet aber waren die Folgen in praktisch jedem, auch dem entferntesten Bereich des öffentlichen und privaten Lebens.

Junge Künstler, für die eine Eröffnungsvorstellung in diesen Streikwochen den Beginn der Karriere darstellen sollte, hatten kein Publikum, weil die Kunstkritiker nicht berichten konnten; lang erwartete Begegnungen zwischen Freunden fielen aus, weil die Ankunftszeiten der Schiffe nicht gemeldet wurden; ein Theater musste schliessen, weil es keine Zeitungswerbung treiben konnte, Buchverleger und Autoren erlitten schwere Verluste, weil keine Buchbesprechungen erscheinen konnten; für zahllose bedürftige Familien wuchs die Not, weil die zur Weihnachtszeit laufenden Wohltätigkeits-Aktionen von den Zeitungen nicht unterstützt werden konnten und 40 Prozent weniger Ertrag als im Vorjahr hatten; der sozialkundliche Unterricht an den Schulen, der stark an Hand der Tageszeitungen erfolgt, gestaltete sich wegen des Ausbleibens der Zeitungen sehr schwierig; städtische und private Auktionen fanden nicht statt, weil die Interessenten nicht benachrichtigt werden konnten; die Teilnahme an sportlichen Voran-

28. Februar 1959

staltungen sank um ein Viertel, aus Mangel an Ankündigung; fast zwei Drittel aller Kioske blieben während der Streikdauer geschlossen, worunter wiederum benachbarte Geschäfte litten; viele Läden büssten zum Teil erheblich am Umsatz ein, weil nicht inseriert werden konnte und selbst die Börse litt unter der Nichtveröffentlichung der Kurse und Wirtschaftsnachrichten.

Kaum einer der acht Millionen New Yorker blieb unberührt von dem langen Ausbleiben der Zeitungen. Gerüchte und Falschmeldungen mehrten sich und konnten nicht widerlegt werden. Eine von der Columbia-Universität vorgenommene Untersuchung der Folgen des Zeitungsstreiks fand "Verwirrung, Wandel in den Lebensgewohnheiten und beträchtliche Verluste finanzieller Art".

Selbstverständlich wurden alle anderen Nachrichtermittel im erhöhtem Maße eingesetzt. Rundfunk, Fernsehen, Kino- und Plakatanschlag, Lautsprecherwagen und Reklameträger hatten Hochkonjunktur. Die "New York Times" liess sogar die wichtigsten Teile ihrer Zeitung über ihre eigene Rundfunkstation senden. Es half alles nichts - die Zeitung erwies sich als unersetzlich.

Das war das eigentlich Überraschende: Trotz der Anstrengungen und der Bedeutung der übrigen Informationsquellen zeigte es sich, dass sie bei weitem nicht ausreichten, und ihre notwendige Ergänzung im gedruckten Wort benötigten. Einer der bekanntesten Rundfunksprecher und Vizepräsident der American Broadcasting Corporation, John Daly, stellte fest: "Die grosse Lehre, die uns der Zeitungsstreik erteilt, ist diese: - nachdem ich die Nachrichten über den Rundfunk gesprochen habe, wollen die Leute gern einige Zeilen darüber in der Zeitung lesen."

Das Streik-Ende wurde mit zahlreichen öffentlichen Bekundungen gefeiert. Verschiedene Zeitschriften, die während des Streiks weiter erschienen waren, brachten ganzseitige Gruesanzeigen. "Time-Magazine" liess das Bild eines geschlossenen Kiosk erscheinen, mit dem Satz des Präsidenten Thomas Jefferson als Überschrift, dass er "Zeitungen ohne Regierung einer Regierung ohne Zeitungen vorziehen würde".

Niemöller

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB.

Warum entzündet sich an Niemöller immer wieder ein heftiger Meinungsstreit? Niemöller spricht immer wieder sehr bündig aus, was sich erst untergründig abzeichnet bis es - leider meist zu spät - vor aller Augen klar ist. Er drückt aus, was alle diejenigen empfinden, welche durch die Herrschaft der Tagesmeinung beunruhigt sind und einen bösen Ausgang wittern. Sie sind dankbar, dass Niemöller sich zu ihrem Sprecher macht. Umgekehrt beunruhigt Niemöller durch eben diese Aussage alle diejenigen, welche in der Tagesmeinung mitschwimmen. Sie empfinden seine Aussage als Störung und Unfrieden. Dieser Widerstreit der Meinungen ist eine sich oft wiederholende Begleiterscheinung seiner Äusserungen.

Als im Januar 1934 die Kirchenführer von Hitler in der Reichskanzlei empfangen wurden und Niemöller von seiner Sorge um das deutsche Volk sprach, wurde er von Hitler zurechtgewiesen, dass diese Sorge nur ihn, Hitler, angehe. Wenige Tage darauf war Niemöller aus seinem Pfarramt zwangsbeurlaubt; ein Sprengstoffanschlag wurde auf seine Wohnung unternommen. Schliesslich landete er für sieben Jahre im Konzentrationslager.

Als Niemöller 1950 der von Dr. Adenauer eigenmächtig eingeleiteten westdeutschen Aufrüstung widersprach, war er für viele Menschen einer der Dolmetscher ihres Misbehagens über die Remilitarisierung. Dr. Adenauer aber erklärte ihn zum Staatsfeind und Landesverräter (Adenauer-Biographie von Paul Weymar 1955 S. 547.) Am 25. Januar d.J. sagte Niemöller in Kassel u.a.:

"...Seit 1954 können die Menschen nicht nur andere Menschen umbringen; das konnten die Menschen immer, solange es Menschen gab. Seit 1954 können Menschen das Leben auf der Erdoberfläche umbringen. Das heisst: seit 1954 können die Menschen die Erde so machen, wie es in 1. Mose 1 Vers 1 geschrieben steht: "Und die Erde war wüst und leer." Das können wir ... Wir haben gemeint, die Hiroshimabombe hätte den zweiten Weltkrieg beendet. Stimmt gar nicht. Sondern für die Leute von Hiroshima geht der Weltkrieg 800 bis 1000 Jahre weiter, wenn da noch Nachkommen von den Bewohnern von Hiroshima da sind. Kein Mensch kann das (d.h. die Erbschäden) abbremsen ... Das ist kein Krieg mehr, sondern das ist nun wirklich Massenmord und Kassenselbstmord ... Mir sind diese Dinge von 1954 erst im Jahre 1957 wirklich deutlich geworden. Und ich glaube, wir brauchen uns dessen auch nicht zu schämen, dass es schwer für uns ist, Denkgewohnheiten abzuzeigen, die Hunderttausende von Generationen in unseren Vorvätern normal und natürlich waren ... Ich gebe auch unseren Politikern, ich gebe auch unserem Verteidigungsminister im Bund immer noch diesen Vorschuss an Vertrauen, dass sie sehen wollen, was ist, auch wenn sie's heute noch nicht sehen können ... Der Anfang heisst: Wie kann ich mein Leben sichern gegenüber dem Feind? Und das Ende heisst: Ich kann mit meinem Feind nur fertig werden, indem ich mich selber auch fertig mache, und den Rest dazu! ... Wenn dies das Ende ist, ist dann der Weg zu diesem Ende ein richtiger, ein rechter Weg gewesen? ..."

Die Kasseler Rede Niemöllers liegt inzwischen in vollem Wortlaut vor. (Verlag Stimme der Gemeinde, Darmstadt, Roquetteweg 15). Jene Kasseler Zeitungen, welche einzelne ihrer Sätze entstellend aus dem Zusammenhang rissen und ohne Gespür für den wahren Charakter des Niemöller'schen Vortrages einen politischen Skandal aus ihr machten, haben sie gewusst, was sie taten? Sie haben der Rede einen Nachhall verschafft, für den jeder dankbar sein wird, der für die Gewissensfragen unserer Zeit offen ist.

Abnehmende Geburtenfreudigkeit

rh - Bei den entscheidenden Konferenzen über den "Transfer" der sudetendeutschen Bevölkerung aus deren jahrhunderte alten Heimat galt unter den damaligen Alliierten das Prinzip, man müsse dem tschechischen Volke einen ausreichenden und seinem ständigen Wachstum entsprechenden Siedlungsboden sicherstellen. Deshalb wird auch heute noch vom Prager Regime die "Endbesiedlung" der ehemals von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens und Mährens als eine, auch vom internationalen Standpunkt aus betrachtet, sehr ernste Angelegenheit angesehen. Als viel gewichtiger erweist sich jedoch in den letzten Jahren die Tatsache, daß nach dem Kriege das "ständige Wachstum" des tschechischen Volkes sich bedeutend verlangsamt hat, daß auch bei den Slowaken die vor dem zweiten Weltkrieg Prag oft stark beunruhigende Bevölkerungszunahme rückläufig ist und daß die Städte nur sehr langsam anwachsen.

Für die durchgeführte und auch weiterhin geplante Industrialisierung, die sich auf die Städte stützen muß, weil ja nur dort ausreichende Arbeitskräfte herangezogen werden können, beginnen sich aus dieser Bevölkerungsentwicklung bereits ernste Probleme zu ergeben. Sie werden noch dadurch verschärft, daß es auch auf dem flachen Lande (in den Siedlungen bis zu 10 000 Einwohnern) nicht mehr genügend Arbeitskräfte gibt und dabei der "Zug zur Stadt", wenn auch in einem bescheideneren Rahmen, weiterhin anhält. Ohne diesen Zug zur Stadt würden diese in ihrer Entwicklung noch stärker stagnieren, denn bei allen Stadtgrößen geht der natürliche Bevölkerungszuwachs seit Jahren zurück. Da andererseits die Kindersterblichkeit stark eingedämmt wurde und auch die Zahl der Eheschließungen zugenommen hat, ergibt sich die beachtliche Schlussfolgerung, daß bei den Tschechen und Slowaken die früher sprichwörtliche Geburtenfreudigkeit nachgelassen hat. Obwohl jetzt, wie das Prager Regime zu betonen nicht müde wird, im Gegensatz zu der "kapitalistischen Zeit" vor 1948 für das Kind alles unternommen wird.

1957 lebten 4 217 510 Menschen, das sind 31,58 Prozent der Bevölkerung der GDR in Städten mit über 10 000 Einwohnern. Davon entfielen 14,21 Prozent der Gesamtbevölkerung auf Großstädte mit über 100 000 Einwohnern, während die Übrigen sich fast zu gleichen Teilen auf die

Städte von 20 000 bis 100 000 verteilten. Der Zuwachs gegenüber 1956 betrug im gesamten Staatsgebiet nur 6,19 Prozent; er war in der Slowakei mit 9,57 etwas höher als in den böhmischen Ländern mit nur 5,38 Prozent. Daß dabei die Zuwanderung die maßgebende Rolle spielte und der natürliche Zuwachs stark abnimmt, zeigen folgende Detailziffern:

Die Bevölkerung der Großstädte in Böhmen und Mähren hatte im Jahre 1957 um nur 14 626 auf 1 646 566 zugenommen. Davon sind auf Zuwanderungen 11 817 zu buchen, während der natürliche Zuwachs lediglich 2 809 Köpfe erreichte. Das Jahr vorher hatte der natürliche Zuwachs noch 5 263 betragen, die Zuwanderung dagegen nur 2 528. Auch in der einzigen Großstadt der Slowakei, in Pressburg, ging der natürliche Zuwachs von 3 531 auf 3 085 zurück, während die Zuwanderung von 1 501 auf 2 286 anstieg. Bald dürfte auch in Pressburg die Zuwanderung den natürlichen Zuwachs übertreffen;

In den größeren Städten mit einer Bevölkerung über 50 000 Einwohnern nahm die Zahl der Bewohner in den böhmischen Ländern um 7 814 gegen 7 446 im Jahre 1956 zu. Der Anteil des natürlichen Zuwachses ging von 4 069 auf 3 403 zurück, auch hier mußte die Zuwanderung aus helfen. Unter diesen größeren Städten befinden sich einige, deren Industrialisierung stark vorangetrieben wird, ohne daß sie deshalb einen entsprechenden verstärkten Anreiz auf die Zuwanderung ausgeübt hätten. Auf alle Fälle scheint diese Industrialisierung, wie auch aus den Zahlen der kleineren Städte hervorgeht, die Geburtenfreudigkeit nicht zu fördern, denn der natürliche Zuwachs ist in allen Städten im Rückgang.

Die Tschechoslowakei hat bisher die Bevölkerungsziffer der Vorkriegszeit nicht wieder erreicht, die Verluste durch Aussiedlung der Sudetendeutschen und eines Teils der Ungarn haben sich durch die Reparierungen und den natürlichen Zuwachs nicht ausgleichen lassen. In Prag wird aus der Not eine Tugend gemacht, indem man erklärt, daß die Bevölkerung der Stadt nicht weiter zunehmen soll und man auch für einen weiteren Zuwachs keine neuen Arbeitsplätze schaffen werde. Wie man aber die für die "Endbesiedlung" der Grenzgebiete und für den Ausbau der Industrie notwendigen Menschen aufzutreiben kann, ist bisher eine ungelöste Frage.

+ + +